

nicht sagen. Für die Bodenreform hatte ich es gesagt.“ Das heißt „für die Bodenreform“ – so Gaus – „sind Sie der Meinung, einen Schlußstrich zu ziehen. Das muß jetzt so bleiben wie es ist?“ Antwort: „Genau so. Ja, ich bin der Meinung, daß diejenigen, die fünfundvierzig Jahre auf diesem Boden gesät haben, auch weiterhin ernten sollen.“ Ich bewerte diesen Vorgang mit diesen Anmerkungen überhaupt nicht. Ich stelle nur dar, wie es vermutlich in der Entwicklung dieser Frage gewesen und wie die im Einigungsvertrag festgeschriebene Entscheidung zustande gekommen ist.

Der sachlich parallele Fall der Berliner Mauergrundstücke liegt entscheidend anders. Insoweit haben wir es weder direkt noch indirekt mit einer die spätere Entwicklung präjudizierenden Maßnahme der Regierung de Maizière oder einem entsprechenden Vorschlag dieser Regierung zu tun. Davon abgesehen spielt in diesem Zusammenhang auch ein tatsächliches oder mutmaßliches Verhalten oder Interesse der Sowjetunion keinerlei Rolle. Diese Unterschiede in der Entstehungsgeschichte machen zugleich die Unterschiedlichkeit der Aussicht verständlich, die getroffenen Entscheidungen nachträglich zu revidieren.

Ich komme zu dem Versuch einer Zusammenfassung: Die Position der Regierung de Maizière gegenüber der Vergangenheit des SED-Staates sowie auch der gemeinsamen gesamtdeutschen Zukunft unterschied sich nicht nur graduell, sondern substantiell und qualitativ von der Position der ihr vorausgegangenen Regierung Modrow. War vor der Wahl vom 18. März noch die Perspektive der Fortsetzung des staatlichen Eigenlebens einer demokratisierten DDR in vielen Köpfen und verschiedenen intellektuellen Zirkeln und politischen Lagern vorhanden und trug dieses Bild einer der Bundesrepublik konföderativ verbundenen DDR zum Teil noch ausgeprägt postsozialistische Züge, so war mit der Bildung der Regierung der Großen Koalition unter Ausschluß der PDS tatsächlich ein echter Machtwechsel eingetreten. Auch und gerade die Person Lothar de Maizieres bürgte dafür, daß die bis dahin bestehende und bewußt betonte politische Distanz zur Bundesregierung Stück für Stück verkürzt und ab Juli 1990 faktisch aufgehoben wurde. Hauptinhalt der Politik der Regierung der DDR war nun die Abwicklung der DDR, war der Abbau der institutionellen Binnenstrukturen der alten DDR, namentlich in den Bereichen Recht, Wirtschaft und Finanzen, und war der Beginn des ernsthaften Bemühens, den öffentlichen Dienst von der Justiz bis zum Bildungswesen von jenen Funktionsträgern zu befreien, deren geistige und/oder tätige Nähe zur SED-Diktatur eine Weiterbeschäftigung in den alten Berufen als nicht tunlich oder nicht zulässig erscheinen ließ. So wird das Bild der letzten 200 Tage der DDR in den Geschichtsbüchern von morgen vor allem von der Entschlossenheit von Parlament und Regierung geprägt sein, den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes vorzubereiten und damit dem erklärten Mehrheitswillen der Bevölkerung der DDR zu entsprechen.

Fortwirkende Maßnahmen der Regierung de Maizière

Ich werde mich ganz eng an das Thema halten „Fortwirkende Maßnahmen der Regierung de Maizière“, das heißt also auch der Volkskammer zur Zeit der Regierung de Maizière, und mich bemühen, hier Wiederholungen oder Doppelungen zu vermeiden.

Für die erste demokratisch gewählte Regierung der DDR hat Ministerpräsident de Maizière am 19. April 1990 seine Regierungserklärung abgegeben und dabei gesagt: „Das Ja zur Einheit ist gesprochen. Über den Weg dahin werden wir ein entscheidendes Wort mitzureden haben.“ Zugleich aber, und damit schränkte er das schon wieder sehr ein, bekannte er sich dazu, die Einheit über einen vertraglich zu vereinbarenden Weg gemäß Art. 23 des GG, also durch Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes herbeizuführen. Im Mittelpunkt der Regierungserklärung standen daher die in der DDR vorzunehmenden Maßnahmen zur Herstellung der Einheit Deutschlands, vor allem die Schaffung des Rahmens einer an sozialen und ökologischen Grundsätzen orientierten Marktwirtschaft. Dazu gehörte z. B., und Herr Jäckel hat das ja schon angedeutet, daß die Volkskammer, das erste frei gewählte Parlament der DDR, ein ganzes Bündel von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik für die DDR übernahm, ohne sie vorher je gelesen zu haben. Denn das am 1. Juni in erster Lesung behandelte Mantelgesetz, durch das allein 26 bundesdeutsche Gesetze übernommen wurden, kam den Abgeordneten erst einen Abend vorher auf den Tisch.

Die wirtschaftspolitische Zielstellung seiner Koalitionsregierung bestehe darin, hat de Maizière damals in seiner Regierungserklärung gesagt, die bisherige staatlich gelenkte Kommandowirtschaft auf eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft umzustellen. Das ganze sollte geschehen innerhalb von acht bis zehn Wochen. Bis dahin sollten die Grundlagen für die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gelegt werden. Aber einige Punkte hat er dann doch hervorgehoben, auf die er und die DDR Wert legten, nämlich, bei der Währungsunion komme es darauf an, als grundlegenden Kurs ein Wechselverhältnis von 1:1 festzulegen. Er hat zweitens gesagt, unerlässlich sei die Sicherung der Eigentumsrechte aus der Bodenreform und aus Eigentumsübertragungen, die nach Treu und Glauben rechtens waren und daher auch rechtens bleiben müßten.

Im Verlauf des Einigungsprozesses hat sich die Bundesrepublik mit ihrer